

Beschlußempfehlung und Bericht **des Auswärtigen Ausschusses (3. Ausschuß)**

zu dem Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
– Drucksache 13/36 –

Einsetzung eines Ausschusses für Menschenrechte und Humanitäre Hilfe

A. Problem

Einrichtung eines parlamentarischen Gremiums zur Behandlung der Menschenrechte und der humanitären Hilfe in einem eigenständigen Ausschuß.

B. Lösung

Fortführung der bewährten Praxis in Form eines Unterausschusses des Auswärtigen Ausschusses.

Ablehnung mit Mehrheit im Ausschuß

C. Alternativen

Keine

D. Kosten

Keine

Beschlußempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

der Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN „Einsetzung
eines Ausschusses für Menschenrechte und Humanitäre Hilfe“
– Drucksache 13/36 – wird abgelehnt.

Bonn, den 25. Januar 1995

Norbert Gansel
Stv. Vorsitzender

Karl Lamers
Berichtersteller

Karsten D. Voigt (Frankfurt)

Gerd Poppe

Ulrich Irmer

Bericht der Abgeordneten Karl Lamers, Karsten D. Voigt (Frankfurt), Gerd Poppe und Ulrich Irmer**I.**

Der Deutsche Bundestag hat in seiner 6. Sitzung am 24. November 1994 den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN „Einsetzung eines Ausschusses für Menschenrechte und Humanitäre Hilfe“ – Drucksache 13/36 – an den Auswärtigen Ausschuß federführend und an den Ausschuß für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung zur Mitberatung überwiesen.

II.

Der mitberatende Ausschuß für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung hat den Antrag in seiner Sitzung am 19. Januar 1995 beraten und mehrheit-

lich bei zwei Gegenstimmen empfohlen, ihn abzulehnen und die bisher bewährte Praxis der 12. Wahlperiode fortzuführen, einen gemeinsamen Unterausschuß für Menschenrechte und Humanitäre Hilfe des Auswärtigen Ausschusses unter Beteiligung anderer, betroffener Ausschüsse einzusetzen.

III.

Der federführende Auswärtige Ausschuß hat den Antrag in seiner 6. Sitzung am 25. Januar 1995 beraten und mehrheitlich mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU und F.D.P. gegen die antragstellende Fraktion und die Abgeordneten der PDS bei Enthaltung der Fraktion der SPD empfohlen, den Antrag abzulehnen.

Bonn, den 25. Januar 1995

Karl Lamers

Karsten D. Voigt (Frankfurt)

Gerd Poppe

Ulrich Irmer

Berichterstatter

